

Peter Hanke
 Bundesminister

An den
 Präsidenten des Nationalrates
 Dr. Walter Rosenkranz

ministerbuero@bmimi.gv.at
 +43 1 711 62-658000
 Radetzkystraße 2, 1030 Wien
 Österreich

Parlament
 1017 Wien

Geschäftszahl: 2025-0.328.343

. Juni 2025

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Kainz und weitere Abgeordnete haben am 25. April 2025 unter der **Nr. 1403/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Beschäftigung von Menschen mit Behinderung in Ihrem Ressort seit April 2024 an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1, 2 und 6 :

- *Wie viele Menschen mit Behinderung waren seit dem April 2024 in Ihrem Ressort angestellt? (Bitte um Angabe nach Personen pro Monat)*
- *Inwiefern erfüllt Ihr Ressort seit April 2024 die Einstellungspflicht von Behinderten gemäß dem Behinderteneinstellungsgesetz in Ihrem Ressort?*
- *Musste Ihr Ressort seit April 2024 eine Ausgleichstaxe bezahlen, weil es der Beschäftigungspflicht nicht nachgekommen ist?*
 - a. *Falls ja, bitte um Angabe der Höhe der Ausgleichstaxe pro Monat.*

Ich darf auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 1413/J-NR/2025 vom 25. April 2025 betreffend „Beschäftigung von Menschen mit Behinderung in Ihrem Ressort seit April 2024“ durch den Herrn Bundeskanzler verweisen.

Zu Frage 3:

- *Wie viele Menschen mit Behinderung sind derzeit insgesamt in Ihrem Ressort beschäftigt?*
 - a. *Wie viele davon sind in einer Leitungsfunktion tätig?*
 - b. *Wie viele davon haben einen unbefristeten und wie viele einen befristeten Dienstvertrag?*

Zum Stichtag 31. März 2025 waren in meinem Ressort (inklusive dem Österreichischen Patentamt und den nachgeordneten Dienststellen) 39 Bedienstete mit Behinderung beschäftigt.

- a) Davon waren drei in einer Leitungsfunktion tätig.

- b) Davon hatte ein:e Bedienstete:r ein befristetes Dienstverhältnis, welches jedoch per 01.04.2025 in ein unbefristetes Dienstverhältnis übergegangen ist. Alle übrigen haben ein unbefristetes Dienstverhältnis.

Zu Frage 4:

- *Wurden neue Arbeitsplätze geschaffen, um Personen mit Behinderung anzustellen?*
a. *Falls ja, welche?*

Seit dem Jahr 2012 besteht die Möglichkeit, Menschen mit Behinderung ab einem bestimmten Grad der Behinderung (lt. Personalplan 2022 60 %) aufzunehmen, ohne dafür eine Planstelle zu binden.

Seit April 2024 wurde ein (nicht personalplanrelevanter) Arbeitsplatz für die Aufnahme einer begünstigt behinderten Person geschaffen.

Zu Frage 5:

- *Wurden seit dem April 2024 Dienstverhältnisse mit Menschen mit Behinderung beendet?*
a. *Falls ja, bitte um Angabe der jeweiligen Gründe.*
i. *Wie viele der Personen wurden gekündigt?*
ii. *Wie viele der Personen haben selbst gekündigt?*
iii. *Wie viele der Personen sind in Pension gegangen?*

Seit April 2024 hat das Dienstverhältnis von 5 Bediensteten mit Behinderung aufgrund von Ruhestandsversetzungen bzw. Pensionierungen geendet.

Zu den Fragen 7 und 8:

- *Falls die Einstellungspflicht im Sinne des Behinderteneinstellungsgesetzes seit dem April 2024 nicht erfüllt wurde, welche Maßnahmen setzt Ihr Ressort, um die Quote künftig zu erfüllen? (Bitte um detaillierte Auflistung)*
➤ *Inwieweit betreffen die aktuellen Sparauflagen der Regierung die Einstellung von Menschen mit Behinderungen in Ihrem Ressort?*
a. *Ist es (sofern Sie die Vorgaben der Einstellungspflicht nicht erfüllen) angedacht, die Auflagen des Behindertengleichstellungsgesetzes schnellstmöglich zu erfüllen, um weitere Strafzahlungen zu verhindern?*

Die Einstellungspflicht wurde durchgehend erfüllt.

Die Einstellung von Menschen mit Behinderungen ist im Zuge von „Standardausschreibungen“ (Ausschreibung im Zusammenhang mit der Besetzung einer Planstelle) aufgrund des Diskriminierungsverbots auch weiterhin möglich. Darüber hinaus bin ich bemüht, soweit dies budgetär möglich ist, auch weiterhin Menschen mit Behinderungen, die am Arbeitsmarkt keine oder erschwerte Chancen auf einen Job haben, einzustellen.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Hanke

